

Neues aus Stelle

und aus

Achterdeich • Ashausen • Büllhorn

Fliegenberg • Rosenweide • Wuhlenburg



**ORTSVEREIN
STELLE**

SPD

www.spd-stelle.de

An alle Haushalte

26.05.2016

Gut gerüstet für die kommende Legislaturperiode



Am 08.04.2016 hat der SPD-Ortsverein Stelle nach intensiver Diskussion ein Wahlprogramm für die kommende Wahlperiode 2016-2021 verabschiedet.

Obwohl wir in der vergangenen Zeit viel erreicht haben, werden wir uns nicht auf den Erfolgen ausruhen, sondern als Fundament für die zukünftige politische Arbeit nutzen.

Für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Stelle ist es wichtig, wie sich unsere Gemeinde auch in

Zeiten angespannter Haushaltslage weiterentwickelt. Die Sozialpolitik wird auch in der kommenden Periode wieder die tragende Rolle unserer Politik sein.

Wir setzen uns für qualifizierte Einrichtungen für die Kinderbetreuung ein, sowie für ausreichend Plätze in Krippen- und Kindergärten.

Die Schaffung von ausreichend Ganztagsbetreuungsplätzen und die Ausstattung dieser mit qualifiziertem Personal liegen uns auch weiterhin sehr am

Herzen. Die Angebote für die Jugend sollen durch die Vernetzung mit Vereinen, Schulen und durch die Kooperation mit dem Landkreis verbessert werden.

Damit Stelle auch für junge Familien attraktiv ist und eine Gemeinde bleibt, in der man sich zu Hause fühlt, setzt sich die SPD für sozialen und bezahlbaren Wohnraum ein und wird sich weiterhin für den Ausbau des Beratungsangebotes in der FamilienSTELLE starkmachen. Aber auch unsere Senioren sollen sich hier wohlfühlen. Darum setzen wir uns für eine angemessene Begegnungsstätte ein.

Ein weiteres wichtiges Ziel für die SPD ist die Integration der Flüchtlinge, die seit dem Sommer 2015 in unserer Gemeinde ihr zu Hause gefunden haben.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch unsere hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer Weiterbildungen und Unterstützung erhalten, damit die Hilfe und Integration gelingt.

Des Weiteren setzen wir uns auch hier für bezahlbaren Wohnraum ein, denn auch ein

gesundes soziales Umfeld kann helfen, dass sich diese Menschen schnell in unsere Gesellschaft integrieren.

Eine wichtige Rolle spielen für uns weiterhin die Ortsentwicklung sowie Umwelt und Energiepolitik.

Wir Sozialdemokraten möchten dafür Sorge tragen, dass es nicht zu einer Verstädterung unserer Gemeinde kommt und dass das Landschafts- und Ortsbild nicht beeinträchtigt wird. Bei den kommenden Gewerbeansiedlungen in Stelle ist es der SPD wichtig nicht nur auf die Steuereinnahmen zu schauen. Wir richten unser Augenmerk auch darauf, dass Lärmemission und Verkehrsbelastung

im vertretbaren Rahmen bleiben und auf Unternehmen mit industriellen Charakter verzichtet die SPD.

In der Umwelt- und Energiepolitik setzt sich die SPD Stelle weiterhin dafür ein, dass die bestehenden Wärmeschutz- und Energieeinsparprogramme fortgeführt und erweitert werden. Außerdem setzen wir uns für die Qualität unseres Grundwassers ein.

Das waren nur ein paar kleine Impulse aus unserem Wahlprogramm, aber das wichtigste für die SPD ist weiterhin eine rechtzeitige und gründliche Diskussion bei wichtigen Entscheidungen, denn dies ist für uns gelebte Demokratie.

Die Schaffung offener Strukturen in Rat und Verwaltung ist Voraussetzung für ein konstruktives Miteinander, denn nur wer alle Argumente kennt, kann entscheiden.



Elke Leschinski (SPD Vorstand OV Stelle)

Angst vor der eigenen Courage

2012 ist auf Antrag der SPD und der CDU die Straßenausbaubeitragssatzung in Stelle aufgehoben worden. Ziel war es, den Sanierungsstau bei den Straßen aufzuheben, bei denen eine grundlegende Erneuerung notwendig wurde.

Um nicht willkürlich Maßnahmen zur Unterhaltung und zur grundlegenden Erneuerung zu fällen, wurde Dipl.-Ing. Specht beauftragt, eine Analyse des Straßenzustandes in der Gemeinde Stelle anzufertigen. Hier wurde deutlich, was viele schon vorher ahnten: die Straße „Hinter der Bahn“ ist der Spitzenreiter bei den zu sanierenden Straßen. Die SPD hat folgerichtig Anträge gestellt, damit eine fachgerechte Sanierung unter Einbeziehung der Anlieger erfolgen kann. Bis zur Ratssitzung im Dezember 2015, erst 5 Monate her, stand auch die CDU zu ihrer Entscheidung. In der Ratssitzung jetzt der Umfaller – die für die Sanierung eingeplanten Mittel wurden aus dem Haushalt 2016 gestrichen. Kurz vor der 2. Anliegerversammlung, zu der bereits eingeladen wurde. Verantwortung übernehmen sieht anders aus!

Es sind immer wieder hohe Beträge von über EUR 900.000 im Gespräch, die die Gemeinde zahlen müsste. Richtig ist, dass in den vorläufigen Planungen EUR 527.000 für die Herrichtung der Straßen zu zahlen sind – diese wären tatsächlich von der Gemeinde zu zahlen. An neu anzulegenden Parkstreifen, Fußwegen oder einer Oberflächenentwässerung hätte man die Anlieger mit 90 % beteiligt, da diese erstmals erstellt werden.

Auch die Zahlung von EUR 527.000 ist unwidersprochen viel Geld. Aber so etwas passiert, wenn man über Jahrzehnte hinweg keine ausreichenden Straßenunterhaltungsmaßnahmen vornimmt.



Zwar hat die Gemeinde einige große Investitionsmaßnahmen anzupacken, so z.B. den Neubau einer Kindertagesstätte in Fliegenberg, aber auch das müsste der CDU in ihrer Entscheidung im Dezember 2015 bekannt gewesen sein.

Zum Schluss noch ein Wort zur Verkehrssicherungspflicht: bei den Gemeindestraßen ist die Gemeinde verkehrssicherungspflichtig. Werden angemessene Maßnahmen zur Verkehrssicherungspflicht unterlassen, kann dies zu Schadensersatzansprüchen führen.

Bernd Henke, SPD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat

SPD legt bei geplanter Aldi-Ansiedlung großen Wert auf den Erhalt der Lebensqualität in Stelle

Einen endgültigen Beschluss des Gemeinderates pro Ansiedlung eines Aldi-Zentrallagers in Stelle gibt es nicht. Die SPD wird dieser Ansiedlung nur zustimmen, wenn die Lebensqualität in Stelle nicht zu stark beeinträchtigt wird.



Die SPD in Stelle steht dem Ansiedlungsbegehren grundsätzlich positiv gegenüber.

Wir sind überzeugt, dass zur weiteren Sicherung unseres kommunalen Haushaltes das Gewerbegebiet Fachenfelde-Süd erschlossen werden muss. Darin unterscheiden wir uns von den politischen Mitstreitern, die meinen, das aktuelle Haushaltsdefizit auf anderen Wegen ausgleichen zu können.

Mit sprunghaft steigenden Steuereinnahmen aus sonstigen Quellen kann aber leider nicht gerechnet werden. Sicher sind hingegen steigende Belastungen des Haushaltes, wie z.B. durch berechnete Gehaltssteigerungen bei den Erzieherinnen und Erziehern in den Kindergärten. Zugleich haben wir auch unsere Schlüsse aus der Bürgerbefragung der SPD-Stelle vor 2 Jahren gezogen. Im Rahmen der (nicht reprä-

sentativen) Umfrage äußerten sich viele der über 100 Teilnehmer kritisch zu einer Aldi-Ansiedlung.

Aus den damals genannten Gründen können wir einer Ansiedlung daher nur zustimmen, wenn

- eine Regelung hinsichtlich der An- und Abfahrtswege für den LKW-Verkehr (nicht durch Stelle)

- eine Einbettung der Lagerhallen in die abschüssige Landschaft (der Gebäudekomplex sollte möglichst wenig ortsbildprägend sein)

- eine Erfassung und Vermeidung von Lärmemissionen gewährleistet ist.

Bevor es überhaupt zu einer endgültigen Entscheidung des Gemeinderates über die Aldi-Ansiedlung kommen kann, müssen allerdings die notwendigen Grundstücke erworben werden.

Sollte sich hier eine Lösung finden, beginnt die übliche Arbeit an dem für eine Ansiedlung erforderlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Im Rahmen dieses sog. Planaufstellungsverfahrens ist zwingend eine Beteiligung der Steller Bürger vorgeschrieben. Dabei wird der Entwurf des

Bebauungsplans öffentlich im Rathaus ausgelegt. Jeder Bürger kann sich dann dazu äußern. Erst danach entscheidet der Rat der Gemeinde endgültig.

Dies wird frühestens in einigen Wochen, eher Monaten der Fall sein.

Klar ist, dass die SPD in Stelle einer Ansiedlung nur zustimmen wird, wenn die Lebensqualität in Stelle nicht zu stark beeinträchtigt wird.

Auch zukünftig werden wir die Chancen und Risiken von Gewerbeansiedlungen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren. Eine Gewähr dafür, dass wir den Interessen aller Bürgerinnen und Bürger gerecht werden, gibt es allerdings nicht. Politik ist und bleibt die Kunst Kompromisse zu finden, die gut für möglichst viele Betroffene sind.



Alexander Deierling
Stellvertr.
Ortsvereinsvorsitzender
der SPD in
Stelle und
Rechtsanwalt

Unsere Kandidaten für die Gemeinderatswahl

Platz 1 **Bernd Henke**
Platz 2 **Martina Köse**
Platz 3 **Manfred Leschinski**
Platz 4 **Kristina Schneider**
Platz 5 **Andreas Hinsch**
Platz 6 **Elke Leschinski**
Platz 7 **Claus Petersen**
Platz 8 **Heinz-Dieter Adamczak**
Platz 9 **Michael Feske**

Platz 10 **Kerstin Gödecke**
Platz 11 **Florian Lünsmann**
Platz 12 **Rolf Schneider**
Platz 13 **Alexander Deierling**
Platz 14 **Eckhard Wittnebel**
Platz 15 **Manfred Greite**
Platz 16 **Werner Klein**
Platz 17 **Georg Meyn**
Platz 18 **Moritz Altmann**
Platz 19 **Lars Gödecke**

Bezahlbares Wohnen für Alle

Der soziale Wohnungsbau wurde in den letzten Jahren im Landkreis Harburg, wie auch in ganz Deutschland sukzessiv zurückgefahren.

So betrug der geförderte Wohnraum am Gesamtbestand in Niedersachsen im Jahr 2013 nur 2,5 Prozent und im Landkreis lediglich 1 Prozent.

Im Rahmen der Wohnungsmarktbeobachtung der N-Bank (Förderbank des Landes Niedersachsen) wird bei einer Bevölkerungsprognose davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahl im Landkreis Harburg von 242.871 im Jahr 2013 bis 2035 um etwa 10 Prozent ansteigen wird. Hierbei sind Zuwanderungseffekte noch nicht berücksichtigt. Der daraus folgende Gesamtbedarf an Bauland ist für die kommenden Jahre nur teilweise gedeckt. Bei der Ausweisung von Bauland ist es notwendig Potentialflächen für den geförderten Wohnungsbau vorzusehen.

Auf bezahlbaren Wohnraum sind Auszubildende, Studenten, Geringverdiener, ältere Menschen mit geringen Renten und anerkannte Flüchtlinge gleichermaßen angewiesen. Sie leiden besonders unter den steigenden Lebenshaltungskosten hier bei uns in der Metropolregion Hamburg.

Deshalb sieht die SPD die Schaffung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft (KWG), die zur Zeit im Landkreis Harburg

in Planung ist, als Schritt in die richtige Richtung. Allerdings ist der Bedarf größer, als die durch die kreisweite KWG bis 2020 geplanten 1000 Wohneinheiten, von denen 30 % zu 5,60 Euro pro qm, das heißt zu Bedingungen des niedersächsischen geförderten Wohnungsbaus entstehen sollen.

Die weiteren 700 Wohneinheiten sollen mit 8 Euro pro qm bezahlbaren Wohnraum im Landkreis Harburg zur Verfügung stellen.

So ist die Gemeinde Stelle gut aufgestellt, wenn neben den Bauflächen, die als Anteil für die kommunale Wohnbaugesellschaft bereitzustellen sind, bei Baulandausweisung generell 20 % der Flächen für geförderten Wohnungsbau vorgesehen werden.

Mittel für den geförderten Wohnungsbau stellt das Land Niedersachsen mit dem neuen N-Bank-Programm in Höhe von 400 Millionen Euro von 2016 bis 2019 bereit. Auch die Bundesmittel (Wohnraum-Förderungs-Fonds) sind für diesen Zeitraum für das Land Niedersachsen von 40 Millionen Euro auf 78,5 Millionen Euro pro Jahr erhöht worden.



Manfred Leschinski
(SPD-Ratsmitglied)

Trotz angespannter Haushaltslage: Soziale Projekte werden fortgeführt

Der Doppelhaushalt 2016/2017 des Landkreises wurde im März mit großer Mehrheit beschlossen. Die Lage ist angespannt; die Kommunen fordern vom Land und Bund mehr finanzielle Beteiligung bei der Lösung vieler Probleme.

Der Kreistag hat sich dennoch dafür entschieden, sämtliche freiwillige soziale Projekte weiterhin zu unterstützen. Sie tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Für die Schulsozialarbeit wurde eine Brückenfinanzierung bis Ende 2017 beschlossen. Viele Schulen, Eltern und Kinder haben sich für die Fortsetzung dieser Arbeit eingesetzt. Die SPD Kreistagsfraktion setzt sich sehr dafür ein, dass die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft vorangetrieben wird. Im Landkreis fehlt überall bezahlbarer Wohnraum für Geringverdienende, Alleinstehende, ältere Menschen und anerkannte Flüchtlinge. Mit der Gründung kann ein Zeichen gesetzt werden, mit Unterstützung der Städte und Gemeinden mehr Wohnraum zu schaffen.



Kristina Schneider
Kreistagsmitglied